

Haushaltsrede

zum

Doppelhaushalt 2018 / 2019

von

Oberbürgermeisterin

Margret Mergen

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Sozialer Zusammenhalt in der Gesellschaft	3
1.1. Unterstützung des Ehrenamts	
1.2. Sozialer Zusammenhalt fordert starkes finanzielles Engagement	
2. Kinder- und familienfreundliche Stadt	5
2.1. Kindertagesstätten mit großem Ausbauprogramm	
2.2. Bildung, Schulen und Sport werden gestärkt	
3. Stadtentwicklung durch Stadterneuerung mit attraktiver, stabiler Infrastruktur	8
3.1. Wirtschaftsstandort	
3.2. Hochbau	
3.3. Tiefbau	
3.4. Park- und Gartenanlagen / Forst	
4. Sicherheit, Ordnung und Umweltschutz sind wichtige Grundlagen unserer Stadt	15
4.1. Feuerwehr	
4.2. Öffentliche Ordnung	
4.3. Umwelt und Gewerbeaufsicht	
5. Kulturstadt Baden-Baden	18
5.1. Kulturbüro	
5.2. Theater	
5.3. Philharmonie	
5.4. Stadtmuseum und Archiv	
5.5. Stadtbibliothek	
5.6. Festspielhaus	
6. Kompetente und serviceorientierte Verwaltung	23
6.1. Personalentwicklung	
6.2. Digitalisierung	
6.3. Beteiligungen der Stadt	
7. Eckpunkte des Doppelhaushalts – können wir uns das leisten?	29
7.1. Ergebnishaushalt	
7.2. Finanzhaushalt	

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

heute lege ich Ihnen den Entwurf für den Doppelhaushalt 2018 und 2019 vor. In diesem Haushalt spiegeln sich unsere gemeinsamen Ziele und Maßnahmen für unsere Stadt wider. Ein Haushaltsplanentwurf ist immer eine Prognose mit nicht unerheblicher Unsicherheit. Vor diesem Hintergrund möchte ich die wesentlichen Punkte im Folgenden erläutern.

1. Sozialer Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft

1.1. Unterstützung des Ehrenamtes

Einen wichtigen Punkt greift der Haushalt mit der Förderung des Ehrenamts auf. Die Förderung des beeindruckenden ehrenamtlichen Engagements mit rund 600 Vereinen sowie freien ehrenamtlich Engagierten ist mir ein besonderes Anliegen. Nachdem der Gemeinderat am 24.07.2017 in seiner Sitzung die Verwaltung beauftragte, das Konzept auf der Grundlage der Anregungen aus den Workshops mit den Vereinen weiterzuentwickeln und der Schaffung der Stelle eines/einer Ehrenamtskoordinators/in zustimmte, ist die Verwaltung nunmehr dabei, diese neue Stelle zu besetzen. Die Ausschreibung läuft und wir gehen davon aus, dass der/die neue Mitarbeiter/in zu Beginn des neuen Jahres die Arbeit aufnehmen wird. Sozusagen als „Startkapital“ sind im Teilergebnishaushalt 10000 Gemeindeorgane pauschal 10.000 € für Maßnahmen zur Förderung des Ehrenamts ausgewiesen.

1.2. Sozialer Zusammenhalt fordert starkes finanzielles Engagement

Im Bereich Soziales bewegen wir ein großes Volumen im Haushalt. Dabei steigen die Netto-Sozialkosten auf 27,5 bzw. 28,7 Mio. €.

Unterbrochene Erwerbsbiographien, geringfügige Beschäftigung, Bezug von Arbeitslosengeld oder früherer Übergang in den Rentenbezug werden auch weiterhin bei den betroffenen Personenkreisen zu Renten führen, die im Alter oder im Fall der Erwerbsminderung nicht existenzsichernd sind. Die Anzahl der Menschen dieser Personenkreise nimmt stetig zu.

Im Bereich der Eingliederungshilfe steht im Jahr 2018 ein weiterer Schritt im Rahmen der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes an. Es ist mit einem moderaten Anstieg der Fallzahlen zu rechnen, allerdings werden die Einnahmen aus Kostenbeiträgen zurückgehen. Die Vermögens- und Einkommensfreibeträge wurden deutlich erhöht. Die bestehenden Aufgaben, insbesondere in der Sozialplanung und im Fallmanagement werden durch die neuen rechtlichen Regelungen deutlich erweitert.

Im Bereich Asyl ist in den Jahren 2018/19 aus jetziger Sicht mit ca. 60 Neuzuweisungen pro Jahr zu rechnen. Der Familiennachzug ist eine nicht planbare Größe. In 13 größeren Unterkünften und zahlreichen Einzelwohnungen im gesamten Stadtgebiet werden ca. 950 Personen in Gemeinschafts- und Anschlussunterbringung zu betreuen sein. Bei der Gemeinschaftsunterbringung von Flüchtlingen gehen wir weiter davon aus, dass hier eine vollständige Kostenerstattung durch das Land erfolgt.

Die Aufwendungen im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende steigen deutlich. Grund ist in erster Linie der Übergang von anerkannten und schutzberechtigten Flüchtlingen aus den Leistungen des Asylbewerberleis-

tungsgesetzes in das SGB II. Die Ansätze wurden im Hinblick auf einen notwendigen Haushaltsausgleich mit aller Vorsicht kalkuliert und sind insoweit mit einem gewissen Risiko behaftet. Der Ansatz für 2018 steigt gegenüber dem voraussichtlichen Rechnungsergebnis 2017 um rd. 1 Mio. €, 2019 um 1,5 Mio. €. Gleichzeitig haben sich Bund und Länder auf die vollständige Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte im SGB II verständigt. Die Bundesbeteiligung wurde insoweit für Baden-Württemberg für alle Bezieher von SGB II-Leistungen um 8,2 Prozentpunkte erhöht und beträgt insgesamt 52,2%.

2. Kinder- und familienfreundliche Stadt

2.1. Kindertagesstätten mit großem Ausbauprogramm

Gesamtgesellschaftliche Entwicklungen und regionale Besonderheiten haben in den letzten Jahren den Bedarf an Kindertagesbetreuung in Baden-Baden stetig ansteigen lassen.

Eine gute Wirtschaftslage im Südwesten und zahlreiche neue Baugebiete machen Baden-Baden zu einem attraktiven Wohn- und Lebensort. Hinzu kommen ein großes kulturelles Angebot und eine vielseitige Bildungslandschaft, die gerade für junge Familien anziehend sind. So haben wir durch Zuzug und Geburten einen starken Zuwachs der Kinderzahlen. Hinzu kommt die Aufnahme geflüchteter Menschen, die ebenfalls mit ihren Kindern hier ankommen oder hier Kinder bekommen.

Hinzu kommen Lebens- und Familienentwürfe, die den Bedarf an Kinderbetreuung steigen lassen. Die Berufstätigkeit beider Elternteile und die damit notwendige Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöhen den Bedarf an U3-

und Ganztagesbetreuungsplätzen. Eltern benötigen eine verlässliche Kinderbetreuung heute zu einem früheren Zeitpunkt und für eine längere Dauer am Tag.

In den vergangenen Jahren wurde das Betreuungsangebot massiv ausgebaut. Schwerpunkt bildete dabei das Angebot für unter Dreijährige.

Da nun die Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen ungebrochen hoch ist und auch im Moment nicht allen Eltern ein Platzangebot gemacht werden kann, haben wir schnell reagiert und verschiedene Maßnahmenvorschläge am 26.05.2017 im Gemeinderat vorgestellt.

In den nächsten Jahren wollen wir die Maßnahme Kita Keltenweg verwirklichen. Hinzu kommen insbesondere Katholischer Kindergarten St. Walburga, Katholischer Kindergarten Regenbogen, Evangelischer Kindergarten St. Pezzettino und eine eventuell provisorische Containeranlage.

Für den Neubau des Kindergarten Keltenweg müssen wir 3,8 Mio. € veranschlagen. Der Kindergarten Sankt Walburga in Sandweier erhält einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 1,15 Mio. €. Für den Kindergarten Regenbogen in Steinbach sind zusätzlich zu den bereits eingestellten 1,4 Mio. € weitere 790.000 € zu veranschlagen. Der Kindergarten St. Bernhard in der Weststadt braucht zur abschließenden Finanzierung 0,7 Mio. €. Hinzu kommt ein Investitionskostenzuschuss für den Waldorfkindergarten in Sandweier von ca. 1 Mio. €. Sie sehen, der Haushalt legt einen großen Schwerpunkt bei der bedarfsgerechten Unterbringung unserer Kinder.

Durch die Neufassung der Richtlinien zur Förderung in Kindertagesstätten und Krippen, die zum 01.01.2018 in Kraft treten, erhöhen sich die Personalkostenzuschüsse für das anerkannte Fachpersonal in Baden-Badener Kitas von bisher einheitlich 82,5% auf bis zu 88% (Kindergärten) bzw. 90,5% (Krippen). In Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau der Kita-Betreuung

in Baden-Baden steigt die Brutto-Belastung der Stadt gegenüber den Ansätzen 2017 um rd. 1,7 Mio. € im Jahr 2018 bzw. rd. 2,3 Mio. € im Jahr 2019 auf dann 12,2 Mio. € pro Jahr. Mit dem notwendigen Kita-Ausbau als auch mit der deutlichen Erhöhung der Zuschüsse an kirchliche und freie Träger setzt die Stadt Baden-Baden ihren vor Jahren eingeschrittenen Weg, die Attraktivität für junge Familien zu steigern, mit mehr Priorität und einem erheblichen finanziellen Mehraufwand fort.

2.2. Bildung, Schulen und Sport werden gestärkt

Im Rahmen der Schul- und Sportstättenentwicklungsplanung werden in den nächsten Jahren bauliche Maßnahmen in der Realschule, der Grundschule Cité, den Theodor-Heuss-Schulen, der Robert-Schuman-Schule und dem Markgraf-Ludwig-Gymnasium erforderlich. Darüber hinaus müssen in die Jahre gekommene Schulgebäude, insbesondere Schulzentrum West und Markgraf-Ludwig-Gymnasium saniert werden. Die bereits begonnene Sanierung des Aumattstadions wird in den kommenden Jahren fortgesetzt.

Die Digitalisierungsoffensive an den Grund-, Werkreal- und Realschulen sowie der Förderschule (Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum) wird, aufbauend auf einer flächendeckenden Glasfaservernetzung, einer zentralen Serverlösung und W-LAN in allen Schulgebäuden, fortgeführt. Die Gymnasien und beruflichen Schulen sind für die Medienausstattung und -entwicklung unmittelbar zuständig. Um deren Bestand der Medientechnik aktuell zu halten, werden jährlich rd. 100.000 € fällig.

Der Bedarf an Schulkindbetreuung und einer ergänzenden Förderung von Kindern mit mangelnden Deutschkenntnissen nimmt weiter zu. Im Schuljahr 2017/18 werden ein Mittagstischangebot in der Grundschule Ebersteinburg, eine Betreuung in der Vincenti-Grundschule am Freitagnachmittag, eine

Mensa für die Grundschule Varnhalt in der Yburghalle und das Ganztagsangebot an der Realschule neu eingerichtet. Bei der Grundschule Balg ist ab dem Schuljahr 2018/19 ein Mittagstischangebot mit Nachmittagsbetreuung eingeplant. Da an Ganztagschulen die durch die Kommunen ergänzend zu leistende Betreuung kostenfrei zu erfolgen hat und auch für die Sprachförderung keine Beiträge erhoben werden, sinkt der Kostendeckungsgrad.

In den Schulen veranschlagen wir für die Realschule durch den Umbau zur Ganztagschule 1,6 Mio. €. Im Schulzentrum West müssen wir eine Sanierung von Dach und Fassade vornehmen grob veranschlagt mit 2 Mio. €. Für den Neubau des Wirtschaftsgymnasiums sind weitere 2,3 Mio. € notwendig. Beim Markgraf-Ludwig-Gymnasium ist der Umbau des naturwissenschaftlichen Traktes notwendig, dies schlägt mit 0,3 Mio. € zu Buche.

Im Bereich der Sportstätten wird die bereits in diesem Jahr mit der Umwandlung des Tennisplatzes in einen Kunstrasenplatz begonnene Sanierung des Aumattstadions auch in 2018 fortgeführt werden. Die Planung sieht die Sanierung des Rasenplatzes und der leichtathletischen Anlagen vor. Hierfür ist im Haushaltsentwurf 2018 ein Betrag von 755.000 € eingestellt. Wie bei der Umwandlung des Tennenspielfeldes erwarten wir einen Zuschuss aus der Sportstättenförderung des Landes.

3. Stadtentwicklung durch Stadterneuerung mit attraktiver, stabiler Infrastruktur

Auch die Stadtentwicklungsplanung Baden-Baden 2020 wird mit dem Doppelhaushalt fortgeschrieben. Nachdem die Integrierte Stadtentwicklung von 2011 bis zum Jahr 2020 ausgelegt war, scheint es mir richtig und wichtig, jetzt Bilanz zu ziehen: was wurde realisiert, was ist noch offen, wo müssen

wir korrigieren und was kommt neu hinzu? Diese Fragestellungen sollen in einer Klausurtagung des Gemeinderats am 9. und 10. März 2018 erörtert werden.

3.1. Wirtschaftsstandort

Der Erfolg der Wirtschaftsförderung korreliert direkt mit der fiskalischen Situation und somit mit den Handlungsoptionen einer Kommune. Mit Blick auf die gestiegenen Gewerbesteuererinnahmen gilt dies vor allem und ganz besonders für Baden-Baden. Die Wirtschaftsförderung wird und muss somit auch künftig ganz oben auf der kommunalpolitischen Agenda stehen.

Ein Großteil der Gewerbeflächen in den Gebieten Oos-West und Wörnersangewand ist mittlerweile vermarktet. Zum ersten Mal seit Beginn dieses Jahrtausends zeichnet sich somit für Baden-Baden wieder ein Flächenengpass ab. Die auf Flächennutzungsplan-Ebene ausgewiesenen Gebiete sind zu einem großen Teil mit der PFC-Problematik behaftet. Um künftig bei Verlagerungen und Ansiedlungen handlungsfähig zu sein bzw. um die erfolgreiche Wirtschaftsförderungspolitik der vergangenen Jahre fortsetzen zu können, wird es entscheidend sein, insbesondere in der Hüfenau, die Planungen auch trotz PFC-Problematik voranzutreiben.

Wir wollen die Gewerbeflächen aus dem Wirtschaftskonzept 2015 vorrangig entwickeln. Der Segelflugplatz sollte dadurch solange als möglich erhalten bleiben können.

Mit unserer strategischen Partnerschaft mit dem Cyberforum (Cyberforum Süd) haben wir neben unserem Existenzgründerzentrum ELAN eine zusätzliche Initiative auf den Weg gebracht, um die Gründerszene in Baden-Baden

zu beleben. Eine neue Chance, unsere Region als Wirtschaftsregion auszubauen, liegt in der in 2017 neu aufgestellten Technologieregion Karlsruhe als GmbH mit hauptamtlicher Geschäftsführung. Baden-Baden punktet in der Technologieregion Karlsruhe als Standort für Medienkompetenz, Dienstleistungen, insbesondere Finanzdienstleistungen, und Gesundheitsbranche.

3.2. Hochbau

Für das Fachgebiet Gebäudemanagement sind für den Doppelhaushalt 2018/19 in den Bereichen Bauunterhaltung, Bewirtschaftung und Sondermaßnahmen steigende Ansätze geplant.

Insbesondere die Sondermaßnahmen schlagen mit 3,6 bzw. 2,2 Mio. € zu Buche. Bei diesen Sondermaßnahmen handelt es sich um eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen wie z.B. Sanierung von Heizungsanlagen, Toilettensanierungen, Malerarbeiten, akustische Maßnahmen in den Schulen und Kindertageseinrichtungen, Elektrosanierungen und Maßnahmen für Brandschutz.

Die Ansätze orientieren sich an den Ergebnissen aus den Vorjahren. Da wir die Erhaltung unserer Bausubstanz intensivieren, wird der Ansatz für die Bauunterhaltung entsprechend nach oben korrigiert. Der Ansatz für das Jahr 2018 erhöht sich um rd. 300.000 € gegenüber dem Vorjahr. Für 2019 erhöht sich Ansatz nochmals um rd. 120.000 €. Auch durch die aktuell weiter steigenden Preise auf dem Bausektor mussten die Ansätze angepasst werden.

3.3. Tiefbau

Für die Erstellung eines Straßenzustandskatasters sind im Doppelhaushalt

2018/2019 für das Jahr 2018 Mittel in Höhe von 450.000 € vorgesehen. Ziel ist es, den Zustand der einzelnen Straßen zu erfassen und einer Zustandsbewertung zuzuführen, damit ein sog. Erhaltungsmanagement aufgebaut werden kann.

Im Bereich der Straßenunterhaltung und der Straßensanierungen stehen für Fremdvergaben an Gemeindestraßen, Kreisstraßen und innerstädtischen Landesstraßen im Doppelhaushalt 2018/2019 je Jahr 1,565 Mio. € zur Verfügung. Hauptbestandteil der Straßensanierungen sind die sog. großflächig angelegten Sondermaßnahmen in der Größenordnung von jeweils rund 1,08 Mio. €. Hinsichtlich der vorgesehenen Maßnahmen ist dennoch nicht auszuschließen, dass es je nach Ausprägung der anstehenden Winter 2017/2018 und 2018/2019 oder aufgrund anderer Dringlichkeiten noch zu Prioritätenverschiebungen oder zu weiteren Maßnahmen kommen kann.

In 2018 und 2019 wollen wir die Pflasterflächen kontinuierlich einer Sanierung unterziehen. Unterstützt wird dies durch eine Jahresausschreibung speziell für Pflasterbeläge, dies insbesondere in der Fußgängerzone, um die Attraktivität als Einkaufsstadt sicherzustellen.

Im Februar/März 2018 beginnt nach der Winterpause in der Schwarzwaldstraße zeitnah nach der Fertigstellung des 2. Bauabschnittes zwischen Abfahrt B500“und Hubertusstraße der 3. Bauabschnitt zwischen In den Schweigrother Matten und Murgstraße.

Das Sanierungsgebiet Südliche Neustadt soll nun konsequent angegangen werden. Für folgende Maßnahmen sind Haushaltsmittel (2018: 76.000 € / 2019: 202.900 €) vorgesehen: die Umgestaltung des Knotenpunkts Bertholdplatz zu einem Kreisverkehr, die Umgestaltungen des Ludwig-Wilhelm-Platzes und der Du-Russel-Straße.

Mitte September 2016 begann die Sanierung des Leopoldsplatzes mit der Neuordnung der Ver- und Entsorgungsleitungen in einem zentralen Infrastrukturkanal und der Kappung der Rotenbach-Verrohrung. Der Beginn der Arbeiten zur Erneuerung der Oberfläche soll nach derzeitigem Stand ab Februar/März 2018 erfolgen. Abzuwarten bleibt, was die erneute Ausschreibung an Kosten und zeitlicher Realisierung bringt.

Damit verbunden ist die verkehrliche Umgestaltung der Luisenstraße. In den Haushaltsjahren 2018 und 2019 sind für die Umgestaltung der Luisenstraße zwischen Insel- und Sternstraße 1,5 Mio. € und 0,7 Mio. € vorgesehen. Diese Maßnahme dient auch zur Aufwertung der früheren Durchgangsstraße zu einem attraktiven Teil unserer Innenstadt gemeinsam mit dem Europäischen Hof.

Ebenfalls führen wir das Sanierungsgebiet Oos mit dem Knoten Schule, Ooser Hauptstraße mit Kirchplatz und Festplatz bei der Festhalle konsequent voran.

Auch für die Umgestaltung der Alten Dorfstraße in Haueneberstein sind Mittel vorgesehen. Die Umgestaltung steht im Zusammenhang mit den Umgestaltungsmaßnahmen in der Ortsmitte Haueneberstein und soll als erste Maßnahme in Abstimmung mit dem Eigenbetrieb Umwelttechnik, den Stadtwerken und dem Fachgebiet Park und Garten 2018 verwirklicht werden. Hierfür stehen insgesamt 510.000 € (DHH 2018/2019: 125.000 € und 385.000 €) zur Verfügung.

Für das neue Verkehrslitsystem sind im September 2016 vom Regierungspräsidium Karlsruhe rund 842.000 € an Fördermitteln bereitgestellt worden. Zusammen mit der Erneuerung der Schilderbrücken erfolgt die Installierung des Leitsystems ab Herbst/Winter 2018/2019.

Die beiden Brückenbauwerke Kaiser- und Luisenbrücke am Hindenburgplatz müssen in den nächsten Jahren saniert werden. Der Gesamtaufwand kann nach derzeitigem Stand mit 1,7 Mio. € angegeben werden. Mit der Sanierung soll voraussichtlich im Jahr 2019 begonnen werden. Hierfür sind im Doppelhaushalt 2018/2019 für das Jahr 2019 470.000 € vorgesehen, als Verpflichtungsermächtigung (VE) weitere 1,2 Mio. €.

Nach der letzten Brückenprüfung befindet sich auch die Reinhard-Fieser-Brücke in einem stark sanierungsbedürftigen Zustand. Nach derzeitigem Stand soll die Maßnahme in den Jahren 2018 und 2019 durchgeführt werden. Hierfür sind im Doppelhaushalt 2018/2019 Haushaltsmittel in Höhe von 250.000 € (2018) und 2,00 Mio. € für das Jahr 2019 vorgesehen. Neben den Fragen der baulichen Umsetzung wird auch die Frage der Verkehrsführung während der Sanierungsarbeiten besondere Sorgfalt erfordern, um insbesondere die Beeinträchtigungen für ÖPNV sowie Fuß- und Radverkehr möglichst gering zu halten.

Für die Sanierung des Kreisverkehrs und die Neugestaltung der Bushaltestelle in Ebersteinburg stehen im Doppelhaushalt 2018/2019 insgesamt 150.000 € zur Verfügung (2018: 100.000 €, 2019: 50.000 €).

Erneut sind für das Beleuchtungskonzept im Haushalt 2018 (890.000 €) und 2019 (800.000 €) Mittel von insges. 1,7 Mio. Euro vorgesehen, um die vorhandene Beleuchtung im Stadtkreisgebiet von Baden-Baden weiter energetisch zu erneuern und auf LED-Technik umzurüsten. Neu nehmen wir auch Elemente des Lichtkonzeptes auf, das schon vor 18 Jahren begonnen wurde. So wollen wir die Trinkhalle und Bereiche der Kaiserallee ansprechend beleuchten.

Aber auch den Aspekt des Hochwasserschutzes berücksichtigt unser Haushaltsentwurf. Im Doppelhaushalt 2018/2019 sind für Sondermaßnahmen im

Hochwasserschutz für das Jahr 2018 Mittel in Höhe von 1,6 Mio. € und für das Jahr 2019 in Höhe von 0,6 Mio. € eingestellt. Insgesamt geben wir somit für den Hochwasserschutz 2,9 bzw. 2,1 Mio. € aus. Hochwasserschutz ist übrigens kein neues Thema. In den vergangenen Jahren wurden bereits jeweils 1,2 bis 1,8 Mio. € jährlich veranschlagt.

3.4. Parks / Grünanlagen / Forst

Im Bereich des Fachgebiets Park und Garten soll in den nächsten beiden Jahren der Themenschwerpunkt „Kinderfreundliche Stadt“ durch die Sanierung bestehender Spielplätze sowie durch einen Neubau weiter fortgesetzt werden. Ich gehe davon aus, dass Spielplätze zu den wichtigsten Orten für die Entwicklung der Kinder außerhalb des häuslichen Bereichs gehören und wir wollen weiterhin daran arbeiten, ein attraktiver Standort für junge Familien zu sein. Diese wurde übrigens auch in dem Kinderstadtplan deutlich, den wir Mitte dieses Jahres präsentiert haben.

Ab 2018 planen wir schrittweise die Umsetzung des „Grünen Bands entlang der Oos“. Für die beiden ersten Bauabschnitte von der Wörthstraße bis zum Tausendfüßler und vom Tausendfüßler bis zum Wörthböschelpark sind 105.000 € eingestellt.

Auch die Weiterführung der Asphaltierung des Fuß- und Radweges der Grünen Einfahrt ist eingeplant. In 2018 ist die Strecke vom Aumattstadion bis zur Wörthstraße vorgesehen, in 2019 die Strecke von der Wörthstraße bis zur Blutbrücke. Für beide Maßnahmen werden wir Fördermittel des Landes nach dem Landesgemeindevkehrsfinanzierungsgesetz beantragen.

Im Friedhofswesen sind 2018/2019 keine wesentlichen Veränderungen bei den Bestattungszahlen zu erwarten. Als finanziellen Beitrag werden im Rahmen eines personellen Gesamtkonzepts bisher vergebene Leistungen für Bestattungen wieder in Eigenregie erbracht, wodurch 2018 eine Verbesserung von rund 40.000 € und danach 104.000 € jährlich erwartet werden. Mit den Einsparungen soll u. a. eine 0,5 Stelle für die dringend erforderliche Digitalisierung der Gräberverwaltung finanziert werden.

Mit der im Jahr 2017 abgeschlossenen Forsteinrichtung im Stadtwald wurde der jährliche nachhaltige Hiebssatz auf 36.000 Festmeter festgelegt. Die Grundlagen der Forsteinrichtungen wurden uns von den Experten bei unserer Waldbegehung Mitte dieses Jahres anschaulich dargelegt. Dies entspricht dem Ergebnis der letzten Jahre, so dass die Einnahmeerwartung für Stamm- und Industrieholz von 1,8 Mio. € pro Jahr fortgeschrieben werden kann. In der Hoffnung, dass unser Stadtwald von Schadensereignissen jeglicher Art verschont bleibt, sind in den Jahren 2018 und 2019 keine außergewöhnlichen Finanzmittel vorgesehen.

4. Sicherheit, Ordnung und Umweltschutz sind wichtige Grundlagen unserer Stadt

4.1. Feuerwehr

Für den Ausbau des Feuerwehrfuhrparks werden 2,5 Mio. € eingeplant. Bei den Einsatzfahrzeugen der Feuerwehr sind die Beschaffung eines Abrollbehälters-Hochwasser und eines Abrollbehälters-Geräte sowie die Ersatzbeschaffungen eines Rüstwagens, eines Tanklöschfahrzeugs zur Waldbrandbekämpfung und drei Mannschaftstransportwagen vorgesehen.

Außerdem sind Verpflichtungsermächtigungen für die Ersatzbeschaffung eines Wechselladerfahrzeugs, eines weiteren Tanklöschfahrzeugs zur Waldbrandbekämpfung und von zwei Mannschaftstransportwagen im Jahr 2020 eingeplant. Insgesamt werden die Anforderungen der Feuerwehr erfüllt.

Die gemeinsame Integrierte Leitstelle mit dem Landratsamt in Rastatt wurde 2017 beschlossen. Dafür sind im Haushalt zusätzlich zu den bereits bereitgestellten 600.000 € noch weitere 90.500 € vorgesehen.

Für die zukünftige Entwicklung der 42 Jahre alten Feuerwache wurde ein Gebäudekonzept erstellt. Für die notwendige Erweiterung und Sanierung werden ca. 5 Mio. € benötigt. Im Jahr 2018 sind 500.000 € Planungsmittel und im Jahr 2019 die erste Baurate in Höhe von 1 Mio. € eingeplant.

Die Aufwandsentschädigungen der freiwilligen Feuerwehrangehörigen sollen zur weiteren Sicherstellung der Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr und zur Stärkung des Ehrenamtes entsprechend einem vom Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg erarbeiteten und inzwischen mit dem Städtetag abgestimmten Vorschlag erhöht werden. Hierfür sind im Haushalt 176.000 € zusätzlich vorgesehen.

4.2. Öffentliche Ordnung

Im Bereich Öffentliche Ordnung sind im Mai / Juni 2019 die Europawahl und die Kommunalwahlen zu bewerkstelligen. Entsprechende Haushaltsmittel wurden zur Vorbereitung und Durchführung dieser Wahlen in den Haushalt eingestellt.

Zu erwähnen ist ferner, dass der Haushaltsansatz der Bußgeld-Erträge auf 1,82 Mio. € festgelegt wurde. Die Ertragssteigerung ist durch den künftigen

Einsatz des im Haushaltsjahr 2018 zu beschaffenden Geschwindigkeitsüberwachungs-Messanhängers begründet. Die Beschaffung des Messanhängers wird im Finanzhaushalt mit der Summe in Höhe von 70.600 € ausgewiesen.

4.3. Umwelt und Arbeitsschutz

Das Fachgebiet Umwelt und Arbeitsschutz nimmt staatliche (hoheitliche) Pflichtaufgaben als untere Verwaltungsbehörde aus dem Umwelt- und Arbeitsschutzbereich wahr. Die nach wie vor anhaltende Bewältigung der in der Region vorliegenden PFC-Problematik bedeutet allerdings erhöhte und umfänglichere Erledigungen hinsichtlich Erkundungsmaßnahmen usw.

Die eingestellten Mittel zur Anschaffung eines Elektro-Dienstfahrzeugs sollen einen Beitrag und Vorbild zur Förderung der eMobilität und zur Verbesserung der lokalen Luftqualität darstellen.

Von wenigen Einzelstimmen abgesehen, ist innerhalb der Wissenschaft der Klimawandel unbestritten. Nicht nur weltweit – erinnert sei an den zerstörerischen Hurrikan „Irma“ und „Maria“, die im September ein verheerende Wirkung in Florida anrichteten -, sondern auch in unserem ganz persönlichen Umfeld und Erfahrungsbereich werden die Folgen des Klimawandels spürbar.

Auf kommunaler Ebene kann dies nur bedeuten, dass wir die bisherigen Anstrengungen fortführen und noch erhöhen sollten. Es sind letztlich die Städte und Gemeinden, ihre Bürger und ihre Wirtschaft, wo die unmittelbaren Konsequenzen für jeden Einzelnen deutlich erfahrbar sind.

Baden-Baden hat sich das Ziel gesetzt, die CO₂-Emissionen bis im Jahr 2020 um 37% zu senken und den Anteil der erneuerbaren Energien auf 30%

zu erhöhen. Anfangs dieses Jahres wurde dem Gemeinderat die erste Zwischenbilanz vorgelegt. Bis zur Halbzeitbilanz ist es uns bisher gelungen, die CO₂-Emissionen um 10% zu senken und den Anteil der erneuerbaren Energien auf 10% zu erhöhen.

Damit ist absehbar, dass wir die damals gesetzten Ziele nicht werden erreichen können. Umso mehr müssen wir alle Potenziale aktivieren, um uns den gesetzten Zielen bis zum Jahr 2020 zumindest ansatzweise annähern zu können. Hierzu gehören u.a. Energieeinsparungen durch Gebäudesanierungen, Umstieg auf eine umweltfreundliche Mobilität sowie der Ausbau von regenerativer Energieerzeugung wie z.B. Photovoltaik.

5. Kulturstadt Baden-Baden

5.1. Kulturbüro

Das Kulturbüro bewirtschaftet die Mittel für Städtepartnerschaften, kulturelle Veranstaltungen und Zuschüsse an Kulturvereine. Die Etats für Städtepartnerschaften und Zuschüsse sind auf demselben Niveau wie in den Vorjahren. Das Budget für kulturelle Veranstaltungen hat sich erhöht. Dafür gibt es drei Gründe:

- Der neue Aufgabenzuschnitt des Kulturbüros mit dem Ziel einer besseren Sichtbarkeit des Angebots aller Kulturinstitutionen nach außen erfordert einen kleinen Etat (5.000 €) an Mitteln für Öffentlichkeitsarbeit.
- 2018 jährt sich der Geburtstag des russischen Dichters Ivan Turgenev zum 200. Mal. Im November 2018 findet eine Jubiläumsveranstaltung

statt in enger Kooperation mit der Stadtbibliothek und dem Stadtmuseum. Für dieses Programm mit internationalen Gästen und Ausstellung haben wir 10.000 € eingeplant.

- Des Weiteren ist über die Sommermonate eine Kunstaussstellung im öffentlichen Raum geplant und dafür sollen Mittel in Höhe von 20.000 € bereitgestellt werden.

5.2. Theater

Das Theater Baden-Baden, wunderschön im Herzen der Stadt gelegen, zählt zu den wichtigsten Säulen des kulturellen Lebens in Baden-Baden. Ab 2018 wird im Rahmen des Kultursommers Baden-Baden voraussichtlich jährlich eine Theaterproduktion als Freilichtaufführung auf dem Marktplatz stattfinden. Hierfür ist eine entsprechende Investition in Ton- und Lichtequipment erforderlich. Aufgrund des Marktplatzfestes und der Erneuerung der Heizungsanlage im Theater im Juli 2018 wird der Vorstellungszeitraum sehr komprimiert sein und es wird keine Innenvariante geben.

Die Mitarbeiter des Theaters freuen sich auf die Fertigstellung der neuen Probephöhne mit Kostümabteilung. Die Vorbereitungen für den zum Ende der Spielzeit 2017/2018 avisierten Umzug laufen bereits. Die Verbesserung von Arbeitsbedingungen, -räumen und -abläufen werden als ausgesprochen förderlich bewertet.

5.3. Philharmonie

Bei der Philharmonie belebt sich trotz zunehmend härterem Konkurrenzdruck die Nachfrage nach überregionalen Gastspielen wieder etwas. Die Philharmonie wird mit den Weltstars Thomas Hampson und Piotr Beczala im

Rahmen eines Operettenprogrammes im Festspielhaus und zum ersten Mal in der Kölner Philharmonie spielen.

Eine präzise Prognose für das Jahr 2019 ist schwierig. Hier wird das Orchester mit der 2017 begonnenen Konzeptionsänderung bei den Programmen und Aufführungskonzepten fortfahren. In der Planung ist auch dann wieder die Durchführung der Philharmonischen Parknacht. Erwünscht ist zudem der Ausbau der auswärtigen Neujahrskonzerte des Orchesters und der Konzertaktivitäten in Frankreich.

Es ist der Qualität und Bedeutung der Philharmonie zu verdanken, dass es Dank von Sponsoren möglich wurde, die Tarifgestaltung für die Musiker analog Tarifgruppe B zu gestalten. Diese Unterstützung kann zum großen Teil auch für 2019 und 2020 gesichert werden.

5.4. Museum und Archiv

Auch beim Museum wird 2018 der russische Dichter Ivan Turgenev (1818 – 1883) im Mittelpunkt der Aktivitäten stehen. Anlässlich seines 200. Geburtstags soll im Stadtmuseum eine große Ausstellung gezeigt werden. Sie ist der Auftakt für das Museum der Muße und Literatur in der Stadtbibliothek, ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstütztes Transferprojekt des Sonderforschungsbereiches „Muße“ der Universität Freiburg.

2019 widmet sich das Museum mit „Landpartien“ dem Thema Reisen. Gemeinsam mit den Stadtmuseen Rastatt und Ettlingen, mit denen sich unser Stadtmuseum in diesem Jahr erstmals erfolgreich auf der Art Karlsruhe präsentiert hat, wird eine auf drei Häuser verteilte Ausstellung erarbeitet, die den Nordschwarzwald als historische Urlaubsregion mit unterschiedlichen Facetten in den Fokus rückt.

Aus Gründen des Brandschutzes sind Maßnahmen im Archiv erforderlich. Da noch nicht klar ist, in welcher Weise das Archiv im Baldreit zukunftssicher aufgestellt werden soll, sind als grober Voranschlag 2 Mio. € im Doppelhaushalt vorgesehen.

5.5. Bibliothek

Ein besonderes, aber wesentliches Element im Haushaltsantrag der Stadtbibliothek für 2018/2019, aber auch für die Haushaltsanträge des Stadtmuseums und des Kulturbüros, ist das Projekt „Mußeum“ für Muße und Literatur in Kooperation mit dem Sonderforschungsbereich 1015 der Universität Freiburg.

In diesen Haushaltsantrag fällt dabei das Teilprojekt „Turgenev-Ausstellung“. Diese große Ausstellung, die im Stadtmuseum zum 200. Geburtstag Turgenevs im Jahr 2018 realisiert wird, ist die erste Praxiserprobung der Konzepte und Ergebnisse, die an der Universität Freiburg mit Professoren und Studenten erarbeitet werden. Nach der Ausstellung werden große Teile davon als erste Elemente der Neugestaltung des Literaturmuseums in die Stadtbibliothek übernommen. Für diese Übernahme sind im Jahr 2019 Mittel in Höhe von 10.000 € im Investitionshaushalt der Stadtbibliothek vorgesehen.

Für die Umsetzung des Teilprojekts, das auch von der Arbeitsstelle für Literarische Museen, Gesellschaften und Gedenkstätten (ALIM) in Marbach finanziell gefördert wird, wurden auf verschiedenen Haushaltsstellen der Stadtbibliothek die Mittel eingestellt.

Die Stadt Baden-Baden hat mit dieser Kooperation mit der Universität Freiburg und der ALIM in Marbach die einmalige Chance, an Know-how und

Landesmittel zur zeitgemäßen, zukunftsfähigen Gestaltung des Literaturmuseums zu gelangen. Wichtig ist dabei auch die Zusammenarbeit im Fachbereich Kultur, vor allem mit dem Kulturbüro und dem Stadtmuseum, aber im Jubiläumsjahr auch mit Theater und Philharmonie. Die Schulen werden von den Ergebnissen profitieren.

Weitere Schwerpunkte im Haushaltsantrag der Stadtbibliothek sind die elektronischen Medien und das eLearning, das parallel zu den klassischen Angeboten ausgebaut wird, sowie die LEGO- und Makerspace-Lernwelten, die mit Sponsoring und Kooperation etabliert und noch stärker bei den Lehrkräften verankert werden sollen.

5.6. Festspielhaus

Die Stadt Baden-Baden muss beim Festspielhaus gemäß Zweckbindungsvereinbarung ein spielfertiges Haus zur Verfügung stellen. Dies umfasst auch die dauernde Unterhaltung und Wartung dieses Gebäudes und aller seiner Einrichtungen. Für die Jahre 2018 bis 2024 wurde hinsichtlich der Instandhaltungskosten ein Gutachten erstellt, das erste Kostenprognosen beinhaltet. Auf dieser Basis wurden die Haushaltsansätze gebildet. Im letzten Doppelhaushalt 2016/2017 waren hierfür noch knapp 900.000 € jährlich veranschlagt. Dieser Ansatz ist nun deutlich angestiegen. Der neue Doppelhaushalt geht für das Jahr 2018 von Instandhaltungsaufwendungen für das Festspielhaus in Höhe von rund 3,2 Mio. € und für das Jahr 2019 in Höhe von rund 3 Mio. € aus. Auch für die Jahre 2020 bis 2024 wird der finanzielle Beitrag der Stadt Baden-Baden zur Instandhaltung des Gebäudes Festspielhaus voraussichtlich auf diesem Niveau bleiben.

Mit der Veranschlagung von zwei Mal 500.000 € für die Ansparung im Rahmen der Andienung haben wir dann fast den gesamten Eigenanteil für die Anschlussfinanzierung angespart.

6. Kompetente und serviceorientierte Verwaltung

6.1. Personalentwicklung

Der Planansatz 2018 in Höhe von rund 60 Mio. € für die Personal- und Versorgungsaufwendungen hat sich gegenüber 2017 kaum verändert. Dies liegt unter anderem an der Entwicklung der Flüchtlingszahlen und der hiermit einhergehenden Streichung von nicht benötigten Stellen.

Im Vergleich zu 2015 hat sich der Planansatz für die Personal- und Versorgungsaufwendungen 2018 um 14 Prozent auf rund 60 Mio. € erhöht. Geschuldet ist diese Erhöhung nicht nur den seit dieser Zeit jährlich vorzunehmenden Besoldungs- und Tarifierhöhungen oder der für den Tarifbereich seit 2017 geltenden neuen Entgeltordnung; nein, es mussten – wie auch in anderen Stadtkreisen Baden-Württembergs – dringend benötigte Stellen geschaffen werden, um den vielfältigen Aufgaben einer Kommunalverwaltung gerecht zu werden.

Die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen, der anhaltende Ausbau der Kindertagesbetreuung oder die Umsetzung gesetzlicher Änderungen wie z.B. die Novellierung des Landesvertretungsgesetzes haben die Personalkörper der Städte in den letzten Jahren regelmäßig wachsen lassen. Dies führt natürlich auch zu einem Mehr an Personalausgaben.

In den letzten 10 Jahren hat sich die Zahl der Planstellen um 20% erhöht. Dieses entspricht der Tendenz der Stadtkreise in Baden-Württemberg, die durchschnittlich eine Erhöhung um rund 18% verzeichnen.

Gleichzeitig macht der viel gefürchtete Fachkräftemangel auch vor unserer Stadt nicht Halt.

Die Rechnungsergebnisse der Jahre 2014 bis 2016 belegen es:

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen stiegen in diesem Zeitraum um 9 % und betragen 2016 knapp 55 Mio. €.

Nicht alle ausgeschriebenen und dringend erforderlichen Stellen konnten in den letzten Jahren zeitnah oder überhaupt besetzt werden: Wachsende Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und der immer schnellere Wandel an Aufgaben machen die Personalgewinnung immer schwieriger und erfordern ein Umdenken von der klassischen Personalverwaltung zum aktiven Management der Ressource Personal. Die Stadt muss alles erdenklich Mögliche dafür tun, um das benötigte Personal zu gewinnen und zu binden - kurzum um konkurrenzfähig zu bleiben – und dies ist bei einer tarifgebundenen Stadtverwaltung nicht immer einfach.

Es müssen also verstärkt Rahmenbedingungen geschaffen werden, um als attraktive Stadt und Arbeitgeberin wahrgenommen zu werden. Ein Baustein hierfür ist neben einer guten Außendarstellung auch eine nachhaltige Personalentwicklung in unserer Verwaltung, die es weiter auszubauen gilt.

Auch im Stellenplan spiegeln sich die ständigen Veränderungen und Bewegungen, welchen unsere Verwaltung, aber auch die Öffentlichkeit unterworfen ist, wider. Nachdem der Stellenplan 2016/2017 von der Flüchtlingskrise geprägt war, stehen in diesem Jahr zahlreiche weitere Themen im Vordergrund.

Im Fachbereich Finanzen muss aufgrund der Änderung des Umsatzsteuerrechts eine zusätzliche Stelle geschaffen werden. Die Einführung eines Ehrenamtskonzepts erfordert die Einrichtung einer Vollzeitstelle für einen Ehrenamtskoordinator beim Referat der Oberbürgermeisterin. Durch die Übernahme und Betreuung der IT-Infrastruktur der GSE sowie der Feuerwehr mit ihren 30 Verwaltungs- und Technikarbeitsplätzen mussten im Fachgebiet Informationstechnik 2,0 neue Stellen, teilweise gegen Kostenersatz, geschaffen werden. In der Schaffung der 2,0 zusätzlichen Freistellungen für den Gesamtpersonalrat macht sich hingegen der Ausbau der Arbeitnehmervertretung bemerkbar.

Das Dezernat II ist von den Themen baulicher Brandschutz, Straßenbau und der Bewerbung um den Titel als UNESCO Weltkulturerbe geprägt. So mussten im Fachgebiet Bauordnung bereits unterjährig 4,5 neue Stellen, sowohl in der Verwaltung als auch im technischen Bereich, geschaffen werden. Auch das Fachgebiet Gebäudemanagement hat einen erhöhten Personalbedarf angemeldet und verfügt ab dem kommenden Jahr über 3,0 neue Stellen. Die Bewerbung um den Titel als UNESCO Weltkulturerbe schlägt mit derzeit 2,0 neuen Stellen in der Stabsstelle Stadtentwicklung und Denkmalpflege zu Buche.

Die Gründe für die Stellensteigerungen im Dezernat III sind so vielfältig wie die Aufgaben des Ordnungs- und Sozialbereichs selbst. Der Bau eines neuen Kindergartens im Keltenweg erfordert die sukzessive Einrichtung von insgesamt 20,5 neuen Stellen. Auch wird die Schulsozialarbeit mit 1,5 neuen Stellen für 3 Grundschulen im kommenden Jahr weiter ausgebaut. Die Novellierung des Bundesteilhabegesetzes erfordert die Schaffung einer Vollzeitstelle für einen Sozialplaner.

Auch lässt uns die Flüchtlingskrise nicht gänzlich los. Durch die Schließung der Balkanroute verringerten sich die Zahlen der hier ankommenden geflüchteten Menschen deutlich. In der Folge mussten nicht alle für den Haushalt 2016/2017 eingeplanten Stellen, seien es Hausmeister, Sozialpädagogen oder Verwaltungsmitarbeiter, besetzt werden. Entsprechende Stellenanteile können nun in diesem Haushalt wieder zurückgenommen werden. Dennoch gilt es weiterhin, die Entwicklungen genau zu beobachten und vorsichtig zu kalkulieren, denn jede politische Entscheidung oder Veränderung der Sicherheitslage kann Auswirkungen haben. Ferner wechseln die verstärkt in den Jahren 2015/2016 eingereisten Menschen nun von der Gemeinschafts- in die Anschlussunterbringung. Das bedeutet, dass sich der Arbeitsschwerpunkt von der reinen Unterbringung und Ankunft zur echten Integration verlagert.

Die erweiterten Öffnungszeiten in unserem neu gestalteten Bürgerbüro sowie der angrenzenden Zulassungsstelle erforderten insgesamt 1,5 neue Stellen, welche bereits 2017 mit Einführung der Erweiterung umgesetzt wurden.

Sie sehen, der Aufgabenkatalog einer Stadtverwaltung ist sehr vielfältig und von zahlreichen Faktoren abhängig. Auch die Erwartungen an den öffentlichen Dienst als Dienstleister gibt es nun mal nicht zum Nulltarif. Diesen Herausforderungen stellen sich die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jeden Tag. Ich versichere Ihnen, dass wir die Stellenschaffungen durch kreative Lösungen und ständiges Hinterfragen des Ob und des Wie wieder auf das absolut Notwendige beschränken konnten. Auch unterjährig nutzen wir jede Möglichkeit für eine kritische Prüfung und können dadurch entstehende Bedarfe, z.B. durch neue Projekte oder Gesetzesänderungen, bereits abfangen.

6.2. Digitalisierung

Mit dem Doppelhaushalt soll aber auch die Geschäftsoptimierung weiter vorangebracht werden. Die Digitalisierung ist eines der zentralen Themen. Die Umstellung der elektronischen Archive und deren flächendeckende Einführung werden uns die nächsten Jahre beschäftigen. Des Weiteren muss unser Intranet technisch erneuert und zu einem internen Informationsportal ausgebaut werden.

Ein weiteres Spannungsfeld, welches immer weiter wachsen wird, ist die ständige und mobile Daten- und Servicebereitstellung und den immer steigenden Anforderungen an die Informationssicherheit. Intern wie auch Extern werden die Datenmengen und die Bereitstellung von Services per Intranet, Anbindung mobiler Endgeräte, Internet oder eGovernment-Dienstleistungen in den nächsten Jahren exponentiell steigen.

6.3 Beteiligungen der Stadt

Zur Budgetplanung unseres Doppelhaushaltes 2018/2019 gehören auch die städtischen Töchter bzw. Beteiligungen.

Im Baden-Badener Konzept für Wohnraumförderung verpflichtet sich die GSE zur Schaffung von 250 Mietwohnungen innerhalb der nächsten 10 Jahre – dies insbesondere im preisgünstigen Segment. Diesen Auftrag nimmt die GSE sehr ernst, sie hat in 2017 ca. 80 Wohnungen in der Wörthstraße fertiggestellt, die aktuell bezogen werden. Außerdem sind ca. 50 weitere Wohnungen in der Alemannenstraße sowie der Rheintalstraße in Sandweier im Bau, womit ca. die Hälfte der vorgenannten Wohnungszahl erreicht wäre.

Wichtig dabei ist, dass ca. $\frac{1}{4}$ der genannten Wohnungen als sogenannte Sozialwohnungen zur Verfügung gestellt werden. Unberücksichtigt blieben dabei die Wohnungen in der Aumattstraße, die für die Anschlussunterbringung von Asylbewerbern genutzt werden, langfristig aber auch dem Mietwohnungsmarkt zur Verfügung stehen werden. Weitere Projekte sind in der Pipeline. Wichtig und ebenfalls im Konzept genannt ist die für den preiswerten Wohnungsbau notwendige Zur-Verfügung-Stellung von geeigneten Grundstücken.

Für die Wohnraumförderung im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus haben wir wieder jährlich 500.000 € als Investitionskostenzuschuss in den Haushalt aufgenommen. Bisher sind diese Mittel, die ergänzend zu Landesmitteln gewährt werden können, nicht abgerufen worden. Ich hoffe hier jedoch auf einen zusätzlichen Anreiz, insbesondere durch unsere eigene Wohnungsbaugesellschaft.

Das Klinikum Mittelbaden ist auf einem stringenten Weg zur Konsolidierung. Die Anforderungen im Gesundheitswesen werden immer höher und wir müssen uns darauf einstellen, dass hier über finanzielle Mittel eine Reduzierung der Kliniklandschaft vom Gesetzgeber angestrebt wird. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, bedarf es einer Kapitalverstärkung. Diese Entwicklung hat sich erst mit der letzten Aufsichtsratssitzung herausgestellt. Daher schlage ich Ihnen vor, in Ergänzung unseres Haushaltsentwurfes in den Jahren 2018 bis 2020 jährlich hierfür 1,4 Mio. €, insgesamt 4,2 Mio. €, vorzusehen.

Im Doppelhaushalt 2018/2019 wird mit einer Gewinnabführung des Eigenbetriebs Stadtwerke in Höhe von 547.000 € für jeweils 2018 und 2019 gerechnet. Die Stadtwerke werden in beiden Jahren rund 36 Mio. investieren.

Im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes wurden die Zuschüsse an die EurAka gGmbH im Vergleich zu 2015 um 145.500 € auf 1,3 Mio. € jeweils für die Jahre 2016 und 2017 gekürzt. Dieser gekürzte Zuschussbetrag wird auch für die Jahre 2018 und 2019 beibehalten. Nachdem die Privatschulen eingestellt wurden, bleibt zu beobachten, wie sich die Hochschule entwickelt.

Die Baden-Baden Kur- und Tourismus GmbH ist auf einem guten Weg. Hier konnte als Gesellschafter die Festspielhaus gGmbH gewonnen werden. Die Übernachtungszahlen sind steigend und haben die Millionengrenze überschritten.

7. Eckpunkte des Doppelhaushaltes – können wir uns das leisten?

7.1 Ergebnishaushalt

Insgesamt sieht der Entwurf im Ergebnishaushalt 2018 einen Überschuss von 1 Mio. € und 2019 von minus 0,2 Mio. € vor. Dabei werden die Abschreibungen voll erwirtschaftet. Auf der Einnahmenseite im Ergebnishaushalt haben wir die Ansätze deutlich an die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung angepasst. Auf der Ausgabenseite sind die Ansätze vorsichtig kalkuliert. Diese Entwicklungen ermöglichen eine Zuführung an den Finanzhaushalt von 8,1 Mio. € bzw. 5,3 Mio. €, also 13,4 Mio. € im DHH.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, beim Lesen werden Sie feststellen, dass entsprechend Ihrem Wunsch die Darstellung komprimiert wurde. Dies dient der besseren Übersichtlichkeit und ermöglicht Ihnen, sich auf strategische Punkte zu konzentrieren. Wir wollen ja die Haushaltsberatungen dieses Jahr so durchführen, dass Sie Ihre konkreten Fragen, am besten

per Mail, an den Fachbereich Finanzen richten und wir in den Beratungen des Hauptausschusses die wesentlichen Leitlinien des Doppelhaushaltes und diese offenen Punkte diskutieren.

Der Vorbericht zum Haushalt, den wir Ihnen heute Abend ebenfalls vorlegen, wurde den Vorgaben angepasst und legt die Grundlage für zukünftige Kennzahlenvergleiche. Diese Entwicklung soll in den nächsten Jahren umgesetzt werden. Wir haben in dieser Hinsicht noch einen gemeinsamen Weg vor uns.

7.2 Finanzhaushalt

Zum Abschluss meiner Ausführungen möchte ich die Eckpunkte des Finanzhaushaltes zusammenfassen. Wir schlagen Ihnen mit diesem Doppelhaushalt Investitionen in Höhe von knapp 60 Mio. € in den kommenden beiden Jahren vor. Davon entfallen 41 Mio. € auf Baumaßnahmen und auf den Erwerb von Sachvermögen 7,5 Mio. €.

Diese sollen finanziert werden erstens durch die Zuführung aus dem Ergebnishaushalt in Höhe der erwarteten 13,4 Mio. €. Zweitens schlagen wir Ihnen die Deckung aus der Liquidität in Höhe von rund 16 Mio. € vor. Drittens wollen wir die verbleibende Summe über eine Nettoneuverschuldung von 13,3 Mio. € abdecken. Die Bruttokreditaufnahme soll jeweils 10 Mio. € p.a. betragen, der eine Tilgung von 3,2 bzw. 3,5 Mio. € gegenübersteht.

Angesichts der Notwendigkeit, aber auch zur Sicherung der Qualität unserer Stadt, die wir mit diesen Investitionen ermöglichen, halte ich die Finanzierung für ausgewogen.

Der Haushalt ist ein Kompromiss vieler Wünsche. Nicht alle können erfüllt werden. Man muss dabei die Finanzierung im Auge behalten. Trotz der guten wirtschaftlichen Entwicklung haben wir uns auf das Machbare konzentriert. Die Schuldenbremse steht ab 2020 vor der Tür, so dass wir trotzdem die notwendigen Investitionen auf den Weg bringen wollen.

Mein Dank gilt

- Herrn Eibl und dem Team des Fachbereichs Finanzen für die Erstellung des vorliegenden Doppel-Haushalt-Entwurfs
- der Verwaltung für die Bearbeitung all dieser Themen in den vergangenen Jahren und für die Mitwirkung am vorliegenden Doppel-Haushalt-Entwurf
- ganz besonders Herrn Bürgermeister Michael Geggus – es ist sein letzter Haushalt, der auch wesentlich seine Handschrift trägt
- dem Gemeinderat für das ehrenamtliche Engagement
- den Bürgerinnen und Bürgern, die unsere Stadt liebenswert machen